

Kommunistische Logik gegenüber den Gewerkschaften

Die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale will den kapitalistischen Aufbau der Amsterdamer Internationale nicht geteilt. Ihr Bureau der Arbeit wird in der Internationale der Kapitalisten, dem Weltverband, in diesem Jahre mit 7000000 Goldfrank finanziert.

Sürklich machte uns ein Allenburger Funktionär den Vorschlag, dann und wann einen Sinnpruch an der Spitze des „Storr.“ zu bringen. Wir folgten zum ersten Male dieser Anregung mit dem Abdruck von zwei wiederholt in dem kommunistischen Zentralorgan erschienenen, durch Blochform, kräftigen Schriftgrad und Umrandung aus dem Textteile sich hervorhebenden „Sinnprüchen“ gegen die Gewerkschaften. Etwas anderes belagen sie nicht, auch wenn kommunistische Kabuffik nach bekanntem Myster ein für die „Äschrung“ in der Gewerkschaftsfrage bellames grundsätzliches Ausprechen daraus machen wollte. Die „Rote Fahne“ und ihre von der gleichen Verleumdungsmanie belagerten und deshalb mit denselben Schmutzwaffen gegen die Gewerkschaften operierenden kommunistischen Führerkreise müssen ganz ungläubliche Vorstellungen haben von der Wirkung solcher Äbelen auf die Massen. Würden es ernsthafte Leute sein, müßten sie schon der Werbelkraft für ihre Sache wegen von einer direkt rohen Beschimpfung jedes einzelnen gewerkschaftlich organisierten Arbeiters Abstand nehmen. Denn von solcher Deklaration der gewerkschaftlichen Internationale wird doch auch jede Organisation getroffen, die dem Internationalen Gewerkschaftsbund angehört, und damit der einzelne selbst. Es habe den 25 Millionen Gewerkschaftlern oder mehr noch allen Verstand und das proletarische Ehrgefühl abprechen, wollte man von ihnen Unklarheit über Art und Wesen ihrer Internationale annehmen. Wenn diese ungeheuerliche Entlastung auch von Moskau ausgeht, so hätte die Berliner Sektionsleitung sich doch nicht so bolschewistisch-unterwürfig zeigen dürfen, damit die denkfähigen deutschen Arbeiter in schamloser Weise zu provozieren. Dadurch aber werden sie gegen die kommunistischen Methoden dermaßen aufgeregelt, daß auch diejenigen, die im Kommunismus etwas anderes, Höheres, erblickten, sich von diesem Erhebungsanonymum schwer entkündet abwenden. Eine solche „Förderung der Einheitsfront“ des Proletariats ist einfach unfahrbar.

Die ganze Widersinnigkeit des kommunistischen Bannfluchs gegen die Spitze der Gewerkschaftsbewegung wird nun klarlich erweisen durch die komplette Ablage der amerikanischen Gewerkschaften an Amsterdamer. Ihr Präsident Compers hat in einem durch die amerikanische Gewerkschaftspressung-gegangenen Aufsatze nicht nur mit kleiner, wüßigen Ablehnung des Kommunismus bzw. Bolschewismus die Notwendigkeit des Fernbleibens des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes von der Gewerkschaftsinternationale dargelegt, er ist noch viel weitergegangen. Die Grundprinzipien der früheren Gewerkschaftsinternationale seien vollständig befehl, aber weit bekenntlicher wäre der „rein sozialistische Charakter“ der Amsterdamer Weltgemeinschaft und die von ihr erlassenen „internationalen revolutionären Maßnahmen“ zugunsten der Sowjetmacht.

Die Appelle der Gewerkschaftsinternationale und des (englischen) Aktionsrates sind Appelle an die revolutionäre Gewalt. Beide erklären sehr klar, daß „man in seinen eignen Mitteln und seinen eignen Reihen die Macht finden muß, um die Welt vor Terror und Anarchie zu behüten“.

Compers meint sogar, durch „die fanatische Unterstützung der Gewerkschaften Westeuropas“ seien Lenin und Genossen erst ermoglicht worden, die bekannten 21 Bedingungen den westeuropäischen Arbeiterparteien aufzuerlegen. Der amerikanische Gewerkschaftspräsident ist nicht unter Mann, vielmehr das, was in bewußter Verächtlichmachung die kommunistisch-bolschewistischen Kämpfer von den deutschen Gewerkschaftsführern behaupten, trotzdem bilden seine Argumentierungen gegen Amsterdamer einen blutigen Hohn auf die schändlichen Verdächtigungen der Gewerkschaftsinternationale. Draufschrei können Widersprüche gar nicht ausfallen.

Die Logik der kommunistischen Taktik und Politik offenbart sich in der mannigfaltigsten Weise als haarsträubend. Die von Moskau vorgeschriebenen Gewerkschaftsaktionen mit ihrer zu einer bereits von Berlin aus funktionsloseren Reichsgewerkschaftszentrale gebeliehen Auswirkung haben so viel Zwischenstadien gezeitigt, daß in einem Zuge das gar nicht alles in seinen Widersprüchen und Widersprüchlichkeiten veranschaulicht werden kann. Die Sache mit dem bekannten Offenen Briefe an die Arbeiterparteien und die Gewerkschaften zur Bildung einer „gemeinlichen Front des Proletariats“ ist aber jedenfalls der gerissenste Trick und zugleich die beschämendste Heringschätzung der Denkfähigkeit der Arbeiterklasse. Wenn dieselben Matadore, die durch Inzinerierung von Putsch und wilden Streiks die Taktik der andern Parteien und der Gewerkschaften sorgfältig durchkreuzen, die den „Stampf um die Gewerkschaften“ ständig auf ihrer Tagesordnung

haben und ihn bis zu Anwendungen über die Sprengung von Verarmungsklassen ableitern, die im Fall eines Bruchs in dieser oder jener Begleitung zustande gekommenen Zusammengehens sich fast immer als unklare Kantonskisten erweisen haben und die „gemeinliche Front“ meistens schnell durchbrechen, nun die deutschen Arbeiter mit einer Reihe von Forderungen und Äbelen für sich fördern wollen, die zum Teil bereits zum Aktionsprogramm der Gewerkschaften und der politischen Arbeiterparteien gehören, dann könnte man das schon als unlogisch genug beurteilen. Viel schlimmer wird diese kommunistische Bauernfängerel, wenn man sich die im vorliegenden illustrierte Beschimpfung der übergroßen Arbeitermehrheit als Welle vergegenwärtigt. Die Logik, gleichzeitig zu umwerben und zu beschimpfen, ist zum Heulen, die daraus sprichende Gestaltung muß aber abstoßend wirken. Man braucht gar kein Kommunistenfresser zu sein, wird die Haltung des Staatsanwalts in dem Kasseler Kommunistenprozeß als unerhört bezeichnet, muß jedoch beinohe alles, was sich als kommunistische Praxis läßt darstellt, entlicheden verurteilen.

Die kommunistischen Taktiker bringen es auch fertig, ihren geistig recht leicht zu bedrückenden Lesern einen guten Erfolg mit dem Offenen Briefe vorzuläuschen. Dabei verlängert es gar nicht, daß die „Rote Fahne“ in der Maner ihrer bitterlichen Anklage und Ansprachen einmal über die andern Arbeiterparteien und die „Gewerkschaftsbureaukratie“ den Stab bricht, weil sie den Offenen Brief durch Ignorieren richtig einleihen; und das andre Mal Aufzählungen bringt, daß nicht der letzte Weltkrieg in Streiksache oder Interim sich für den faulen Zauber mit diesem Manifest erklärt habe. Damit soll nicht in Abrede gestellt werden, daß auch in großen Städten und in großen gewerkschaftlichen Ortsvereinen der Offene Brief Zustimmung gefunden hat. Bestimmte ist das aber nur im Ausnahmefalle gechehen und meistens auch unter besonderen Verarmungsumständen. Bei den Buchdruckern hat sich unter den großen Mitgliedsklassen unseres Willens nur Leipzig diesen Sport geleistet; wo man sich in andern damit belaste, hat er jedoch entschieden Ablehnung gefunden. Im ganzen ist der Stillsatz mit dem Offenen Briefe schwer möglich. Diese Antwort aus den Gewerkschaften muß nicht zuletzt als die verdiente Rückzahlung der sorgfältigen Beleidigung der Gewerkschaftler durch Deklaration ihrer Internationale als gelb und im Solde des internationalen Kapitalis lebend betrachtet werden. Die kurzdarmlige Logik der Kommunisten bewirkt dabei in zweiter Linie noch reines Vergnügen.

Die „Rote Fahne“ hat neulich in an sich zutreffender Weise auf den geplanten Generalangriff der Unternehmer aufmerksam gemacht, wie er aus der „Deutschen Arbeiterbewegung“ in stielich deutschen Anrufen zu erkennen ist und von uns in der vorigen Nummer mit befristet einigen Stichproben gekennzeichnet wurde. Es ist die Schuld der Kommunisten, daß sie auch mit solchen zutreffenden Warnrufen nicht beachtet werden. Dagegen wird von einem Sammelrufe wie von Chemnitz (siehe vorige Nummer) eine ganz andre Wirkung ausgehen. Daß die sächsische Gewerkschaftskonferenz mit diesem Anrufe zur Einheitsfront gegen die Reaktion eine glatte Ablage an die Kommunisten verband wegen deren Gewerkschaftspolitik, ist gewiß höchst bezeichnend.

In dieser wie in voriger Nummer geben einige Kollegen für den Kommunismus ins Zeug, wobei die russischen Zustände lüchlige Herausstreichung finden. Darauf wollen wir nicht näher eingehen, denn sonst müßten viele Artikel noch länger unverfänglich bleiben. Der russische Kollege Meller wird dem österreichischen Verbandsvorstande wohl zu einer Antwort im „Vorwärts“ Veranlassung geben; wir werden dann das Wichtigste daraus mitteilen und diese Sache damit abschließen. Der Hamburger Kollege („Die russischen Gewerkschaften“ in voriger Nummer) hätte nicht vergeffen sollen, zu sagen, daß die Bolschewisten von allen Arbeitern als Beendiger des Krieges mit Deutschland warm begrüßt worden sind, daß aber ihr hauptsächlich aus Diktatur und Terrorismus bestehendes Regierungssystem wie auch die Stellungnahme zu den Gewerkschaften diese später zum Teil wieder gegen die Bolschewisten einnahm, am meisten wohl die Buchdrucker, die auch in Rußland die feinstufigste Arbeiterklasse darstellen. Deshalb geraten unre russischen Kollegen auch am ehellen mit den bolschewistischen Methoden in Konflikt. Das Schicksal des Moskauer Vorstandes spricht geradezu Bände. Man konnte schon vor längerer Zeit auf lo etwas gefast sein, als die in Rußland gewesene englische Arbeiterdelegation in Moskau Anfrage hielt, was es mit der Verfolgung der Moskauer Buchdruckerorganisation an sich habe. Die Antwort war einestells ausweichend, anderstells recht hochmütig und lief darauf hinaus, daß das außer Rußland niemand angeht. Dann wären allerdings auch die internationalen Proteste gegen die Verfolgungen der ungarischen Gewerkschaften und Arbeiter nicht nötig! Die russischen Buchdrucker scheinen über die Bolschewisten als „Arbeitsgeber“ auch nicht die Zufriedenheit zu empfinden, die die wunderbare eiserne Disziplin verlangt, die der in Stuttgart erscheinende „Kommunist“ so weit getrieben wissen will, daß er hürlich verlangte: „Das Parteimitglied hört auf, eigene

Wünsche zu haben,“ muß notfalls sogar bereit sein, sich auf Befehl der Partei zu erziehen.“ Der Moskauer Kollege, der kürzlich in der neuen russischen Gewerkschaftszeitung einen Artikel über die Zustände in einer bedürftlichen Druckerlei veröffentlichte, dürfte darüber anderer Meinung zu sein wie der Kollege Bülcher in Stuttgart. Er schreibt nämlich unermülich:

Eine Genialität gibt es so gut wie gar nicht. Die Maschinen, die zusammengepörschten Arbeiter und das aufgebüllte Geräl verpellen die Luft derart, daß man kaum atmen kann. Eine Mittagspause gibt es nicht. Am Abend gleichen die Arbeiter Schellen, sind abgemalt usw. Manchmal gibt es eine oder zwei Überstunden, also zehn Stunden Arbeit ohne Pause. Eine wahre Hölle.

Das ist als eine Stimme nach der „menschenwürdigen Reinigung“ der Moskauer Buchdrucker immerhin beachtlich. Der Kollege Schmidt braucht seine Nozabrille nicht direkt mit einer grauen zu verlauchen. Wir wollen über Rußland auch nicht grau in grau malen, weil wir aus eingehenden Unterredungen mit Rußlandheimern die Erfahrung gewonnen haben, daß die Beurteilung sehr abwechselnd geht. Aber wenn die „Rote Fahne“ selbst Mitte Februar einer Noz die Überschrift gab „Der Kampf gegen den Hunger in Sowjetrußland“, und wenn sie vordem wie nachdem auch in manchem andern geworden zugeben mußte, daß die Stimmelsführer in Rußland allerlei Inerrentlichkeiten im Gefolge gehabt hat und noch hat, dann sollte der Kollege Schmidt mit uns die Kompetenz der „Roten Fahne“ zu solcher Beurteilung anerkennen. Er könnte sich auch Jagen, daß nicht der große Rückgang der Menschenwürde bemerkenswert ist, sondern daß diese Partei nach solchen Proben wie bei den Moskauer Buchdruckern überhaupt noch existiert. Wenn in der „Roten Fahne“ vom 11. Januar ein Berliner kommunistischer Kollege uns die Aufnahme der beiden Artikel von Malinowski und Origanoff gegen Meller und Michaloff in Nr. 2 mit der Veranschöpfung als „Ploniere der Bourgeoisie“ verübete, so müßten wir nur verbüßet wissen, daß dadurch der Vorrang der Kommunisten als Ploniere der Reaktion beeinträchtigt werden könnte.

Im übrigen werden die Dinge doch noch einen andern Lauf nehmen, wie es sich unter kommunistischen Kollegen vorstellen, und das insofern, wie die mehr und mehr in den Vordergrund tretende Gewerkschaftsfrage in Rußland sich ausreißt wird. Das ist zwar etwas anders als der kommunistische Stampf um die Gewerkschaften in Deutschland, aber letzten Endes geht es hier wie dort um die Selbstständigkeit der Gewerkschaften. Darüber wird nach diesem erauklischen Kapitel von der absonderlichen Logik der Kommunisten gegenüber den Gewerkschaften noch im folgenden zu reden sein. Gegen die kapitalistischen wie die nationalstaatlichen Volksverderber aber werden die Gewerkschaften auch ohne bolschewistisch-kommunistische Parolen und Offenen Briefe den Stampf führen!

Gedanken eines „Stimmelsführers“

I.
In Nr. 10 des „Storr.“ fühlt sich Kollege Strebs beunruhigt, die Einführung politischer Rätegewerkschaft als weder „rasam noch verlohend“ hinzustellen. Er stellt demgegenüber d. „weiland Sol- und Geheimräte“ und verläßt damit den Unterschied zu erweisen, als ob diese auch für ihn überflüssigen Geheimräte abgewirtschaftet hätten. Das ist durchaus nicht der Fall, wie ein Blick in unser „demokratisches Staatswesen“ zur Genüge beweist. Vielmehr treibt diese Art „Räte“ unter der veränderten Staatsformherrschaft ihr verhängnisvolles Spiel weiter. Eine Folge davon, daß die sogenannte deutsche Revolution sich bisher damit begnügt hat, die Aufgaben zu lösen, die in andern Ländern schon lange das demokratische Bürgertum gelöst hat.

Kollege Strebs bildet sich seine Meinung, weil ihm die geistige Einstellung der Arbeiterklasse als Klasse ungenügend erscheint, um die Aufgabe einer Klassenherrschaft durchzuführen. Und er glaubt, daß die Vertreter der Arbeiter als Räte sich ebenfalls zu „Herrenmenschen“ entwickeln würden. Ich will diesen Einwand zum Teil durchaus gelten lassen. Haben wir doch unter unsern heuligen Arbeiterführern genügend, welche diese Furcht des Kollegen Strebs sehr lebhaft befechtigen. Vermög gescheiterer Existenz als Angestellte (wozu auch persönlicher Wissensdrang kommen mag) haben sie sich gewisse Fähigkeiten angeeignet, welche sie nicht immer zum Nutzen der Arbeiterklasse anwenden. Sie sind Herrenmenschen geworden, welche vom Medelst angebildet sozialistischer Wissenschaft herablickten auf das „unreife“ Proletariat. Dabei sehe ich mit dem Kollegen Strebs durchaus auf dem Standpunkte, daß uns nicht damit gedient sein kann, in den politischen Arbeiterärzten (ebenso in den Betriebsärzten) eine neue Arbeiteraristokratie zu schaffen, die als „Bildungspflüster“ turnhoch über der Masse stehen.

Ich bin jedoch der Ansicht, daß eine sachgemäße Leitung unrer Wirtschaft mit Hilfe von Zentralstellen (etwa Bezirkswirtschaftsräte usw.) durch die Betriebsräte sehr gut und reibungslos möglich ist. Daran zweifeln, heißt für mich die schwere, aufopferungsvolle Tätigkeit der heuligen Vertrauensleute und Betriebsräte, die doch auch zu 99 Proz. lediglich aus Gemeinheitsinteresse geleistet wird,

verleihen. Zu diesem Zweck muß es natürlich möglich sein, in kürzester Frist bei festgestellten Verletzungen eines Betriebsrat seines Amtes entheben zu können. Letzteres ist auch notwendig, um sogenannten Überlebensbedenken (die man ja sonst recht gern gegen uns ausspielt) den Laufpaß als Betriebsrat zu geben, falls sie als solche verfallen. Das Amt eines Arbeiterrats wird dann in der kommunistischen Gesellschaft ein so schweres werden, daß die sogenannten Reaktionsmenschen sich für diese Placette besten bedanken werden. Der Arbeiterrat selbst aber wird gerade vermöge seiner aufopferungsvollen Tätigkeit so geschätzt werden wie heute der Vertrauensmann. Nur auf dieser Grundlage, die dem Mitbestimmungsrecht den weitesten Spielraum gewährt, wird es möglich sein, zu verhindern, daß aus gewählten Räten sich Herrenmenschen entwickeln, wie dies Strebs befürchtet. Nur auf solche Art aber wird auch eine Auslese der Besten des Proletariats erfolgen und eine bessere Schulung der Menschheit in sozialistischer Hinsicht erfolgen können.

Die Menschen, die heute dem Kollegen Strebs keine genügende Grundlage bieten für die Durchführung der Kaderpolitik, sind nicht so geworden auf Grund bewusster Schleichheit, sondern sie sind das Produkt der sie umgebenden individualistischen kapitalistischen Wirtschaftsweise. Ihre wirkliche Erziehung und Durchbringung mit sozialem Gemeingeist wird aber erst erfolgen können von dem Moment an, wo die sozialwirtschaftlichen Grundlagen derart geändert sind, daß ein Unterboden für eine solche Erziehung da ist. Für die Sphärenentwicklung der Menschheit kämpfen, bedeutet also Kampf für den Kommunismus als der Grundlage für eine neue Menschheitsordnung.

II.

Rückblick! Der Satz der gesamten kapitalistischen Welt liegt darauf und wird mit Hilfe aller antibolschewistischen Quellen und der menschenwissenschaftlichen Keller in welle Arbeit getragen. In Deutschland stützt sich die sozialdemokratische Presse dabei auf die Nachrichten der menschenwissenschaftlichen Partei. Die Bedeutung dieser Partei wird jedoch am besten illustriert durch die Tatsache, daß dieselben in einer Stadt wie Moskau trotz selbst zugegebener persönlicher Freiheit (sie unterhalten öffentliche Bureaus usw.) nur 300 Mitglieder haben. In einzelnen Distrikten, wie Charkow, wo die Menschewillen noch mehr Anhang besitzen, haben sie dagegen die Selbstwehrigkeit gemäß durch Rekrutierung von Soldaten für die rote Armee usw. Der ganze Wiederwille der Menschewille wird am besten illustriert durch die Tatsache, daß sie trotz ihrer antibolschewistischen Propaganda mehrmals zum Schutze Sowjetrußlands aufgerufen haben. Warum? Außerdem geht die ganze Unmöglichkeit der antibolschewistischen Propaganda aus einigen Berichten hervor, so z. B. dem der englischen Arbeiterdelegation vom 30. August v. J. die in ihrer Mehrheit aus Nichtkommunisten besteht. Da kann man lesen:

„Die meisten Berichte über Sowjetrußland, die wir in der kapitalistischen Presse unseres Landes gelesen haben, haben sich als Antikerungen der Tatsachen herausgestellt. Wir haben keinerlei Beweismittel oder Anordnungen auf den Straßen, obgleich wir uns zu allen Tages- und Nachtstunden frei umherbewegen. Wir haben keine Menschen auf den Straßen vor Hunger umfallen. Wir haben keine Eingriffe in das religiöse Leben des Volkes. Wir haben keine chinesischen Soldaten. Wir haben keine Anzeichen von besonderem Luxus seitens der führenden Kommunisten. Wir haben nicht, daß Frauen oder Kinder „nationalisiert“ worden wären. Wir waren allerdings Zeugen eines ausgedehnten Zusammenbruchs des Transportwesens mit bedauerlichen ökonomischen Folgen, und wir haben schreckliche Fälle von Unterernährung und Leiden.“

Aber die allgemeinen Verhältnisse sagt der Bericht, daß kein Zweifel darüber besteht, daß der russische Bürger in den Städten im Durchschnitt unterernährt, schlecht bekleidet und schlecht beschult ist. Die Bauern sind viel besser daran. Durchschnittlich sind die Kinder besser daran als die Erwachsenen, aber der Stand der Ernährung ist kein guter. Die Revolution hat in den Städten nicht nur einen Wechsel der politischen Macht, sondern auch eine soziale Umwälzung mit sich gebracht. Die bestehenden Klassen sind ihre Häuser und anderes Eigentum weggenommen worden; die Herrschaft über die Großindustrie ist den Händen derer, die früher an ihrer Spitze standen, entzogen worden. Große Massen der städtischen Bevölkerung genießen jetzt einen größeren Anteil an dem vorhandenen nationalen Reichtum (einschließlich Wohnungen) als früher. Einen starken Eindruck auf die Delegierten machte die glückliche Politik der Sowjetregierung in der Kinderfürsorge.

Eugen Rozwanz als Delegierter einer rumänischen und liebenbürgischen Studienkommission berichtete am 20. Januar d. J. aber schon von fortwährenden Verbesserungen. Die Ernährungslage sei in den Hauptgebieten bereits überwunden. Der Verkehr auf der Eisenbahn zeuge von Ordnung und Pünktlichkeit. Die Fahrt auf den Straßenbahnen sei unentgeltlich. Interessant sind keine Feststellungen über die Schleichhandels- und sonstigen Preise, die gekürzt lauten:

Der Privathandel ist eingestellt. Der Schleichhandel wird ebenfalls verfolgt, kann aber nicht vollständig ausgerottet werden, solange die Sowjetregierung die Verbesserung nicht mit Bedarfsgegenständen reichlich versehen kann. Der physische oder geistige Arbeiter bekommt keine Ration zu sehr niedrigen Preisen. Ein Pfund Brot kostet 3 Rubel (im Schleichhandel 500—600 Rubel), eine 3 garteile einige Stopehen (im Schleichhandel 50 bis 100 Rubel). Ich sprach mit einem ungarischen Arbeiter, der in einer Fabrik einen Winterlohn für 1750 Rubel

erhielt. Im Schleichhandel zählt man dafür 200000 bis 300000 Rubel.

Die qualifizierten Arbeiter verdienen monatlich 50000 bis 60000 Rubel. Bisher wurden ihnen monatlich 300 Rubel für die rationierten Lebensmittel abgezogen. Nun ist aber eine Verordnung erlassen, wonach jeder Arbeiter keine Kopfration umsonst erhält. Die Kopfration ist heute so groß, daß sie ungefähr den Bedürfnissen entspricht.

Besonders interessant ist der enorme Preisunterschied zwischen an Arbeiter geleiteter Ware und den Schleichhandelspreisen. Die ungeheure Höhe der letzteren ist meines Erachtens ein Anzeichen dafür, daß der Schleichhandel (oder freie Handel) immer mehr zuzunehmen beginnt.

Über die Parteiverhältnisse sagt Rozwanz:

Die kommunistische Partei zählt gegenwärtig 700000 Mitglieder. Der Eintritt in die Partei ist schwer, die Parteimitglieder müssen allen Befehlen der Partei ohne Zögern Gehorsam leisten. Während der nichtkommunistischen Arbeiter für seine Überstunden besonderen Lohn erhält, kann der Kommunist keine besondere Bezahlung bekommen. Die sogenannten Parteileute sind zum größten Teil auch kommunistisch gesinnt, doch werden sie noch nicht in die Partei aufgenommen.

III.

Vor einigen Wochen brachte das Dena-Bureau eine Mitteilung, die uns Buchdrucker näher interessiert: Es ist schon einmal auf die Schaffung des russischen Staatsverlags hingewiesen worden, der innerhalb der zentralisierten Kaderorganisation die höchste Instanz für die russische Buchproduktion darstellt. Nicht allein hat er die gesamten Verlagsunternehmen des russischen Rußlands aufgesaugt — zum Teil unter Beibehaltung ihres alten Rechtsstatus —, sondern neuerdings hat der Staatsverlag auch die bisher von den einzelnen Sonderorganisationen und Sowjets unterhaltenen Spezialverlage übernommen und so die gesamte Herstellung des russischen Bücherbedarfs in einer Hand zentralisiert. Er hat sich auch die über das ganze Reich verstreuten Verlagsstellen angegliedert. Immerhin stehen der monopolisierten Buchproduktion noch erhebliche Schwierigkeiten im Wege.

Zwar stellt Rußland seinen gewaltigen Bedarf an Agitationsliteratur im Lande selbst her, wobei das Papier meist aus Finnland bezogen wird; auch die Schulbücher für den Elementarunterricht können im Lande selbst produziert werden. Im aber den riesigen Bedarf an Lehrbüchern für den Unterricht der Facharbeiter und Sachverständigen aller Berufe zu decken, ist die Sowjetregierung gezwungen, das ausländische Buchgewerbe mit heranzuziehen. Das hierbei vor allem in das für Fremdsprachen druck bestens eingerichtete deutsche Buchgewerbe in Frage kommt, liegt auf der Hand.

Das Buchproduktionsprogramm Sowjetrußlands ist ein sehr umfangreiches und reichhaltiges. Es handelt sich durchweg um Bücher streng wissenschaftlicher Natur, so daß dem deutschen Buchgewerbe gegen eine eventuelle Geldschäftsverbindung mit dem Staatsverlag Bedenken politischer Natur kaum aufzukommen brauchen. Insgesamt handelt es sich bei dem russischen Verlagsprojekt um rund 10 Millionen herzustellender Exemplare mit einer Gesamtbogenzahl von rund 240 Millionen. Als Lieferungsfrist ist ein Zeitraum von fünf Monaten vorgegeben.

IV.

Es wird behauptet, die Verhältnisse seien in den Berichten so widersprechend, daß man nicht daraus schlau werde. Ich sage: Aber führt euch an der Quelle — und dann urteilt! Gelegenheit ist ja gegeben. Die Delegierten der russischen Bucharbeiter haben an das Internationale Buchdruckerkongress in Wien teilgenommen, der nächsten internationalen Buchdruckerkongress in Petersburg abzuhalten. (Er findet in Wien statt. Red.) Auch der kommende Gewerkschaftskongress des internationalen Rates der Gewerkschaften tagt im Frühjahr. Hier bietet sich ebenfalls Gelegenheit zu einer objektiven Prüfung sowohl der wirtschaftlichen Zustände als auch der allgemeinpolitischen Ziele. Wir haben die Pflicht, uns erst über beides zu informieren, bevor wir den Stab brechen über Räteanbau und Räteverwaltung. Die Russen, welche diese objektive Prüfung durchaus nicht zu fürchten scheinen, bieten uns die Gelegenheit dazu. Wenn wir diese Gelegenheit verschmähen, haben wir das Recht verwirrt, uns moralisch zu entziehen über jene Kaderpolitik, die wir dann nicht verstehen, weil es uns an gutem Willen mangelt.

Die gesamte Zahl der Arbeiterchaft als Klasse wird bestimmt durch die wirtschaftlichen Verhältnisse und durch die Erfahrungen, die wir im Kampfe mit unsern Gegnern, den Unternehmern, machen werden. Beides, sowohl die wirtschaftlichen Verhältnisse als auch die Erfahrungen, die wir im Zusammenarbeiten mit den Unternehmern machen, führen uns auf den Weg zur gemeinsamen Klassenkampfes, führen uns auf den Weg zur kommunistischen Gesellschaft. Berlin. A. W. Schmidt.

Wo fehlt es?

Der Offene Brief der Vereinigten kommunistischen Partei zieht sich wie ein roter Faden durch die Partei- und Gewerkschaftspresse. Leider ist die notwendige Objektivität zur Beurteilung dieser Angelegenheit durch Parteieigensinn, Arretierung oder Verkenntnis der wichtigeren Interessen für die Gesamtarbeiterchaft vielfach unterbunden. Wenn mich der Hunger quält und es wird mir ein Stück Brot gereicht, liegt es da im Interesse meines darbenenden Körpers, erst Erwägungen anzustellen, wer oder was den Bäcker zum Baden des Brotes veranlaßt? Ich meine, die Not des produzierenden Volkes ist gerade groß genug,

um endlich etwas Großzügiges und Durchgreifendes zu unternehmen.

Das Selt zu einem Unternehmen, wie es im Offenen Briefe gefordert wird, kann und soll doch in den Händen der Gewerkschaftslubrieren ruhen. Es ist ja vielfach gesagt worden, die Forderungen des Offenen Briefe seien dem Sinne nach schon in den verschiedenen Parteiprogrammen enthalten. Ja, aber wenn es so ist, so bedenklich man, daß von den schönen Ausschüssen einer Speisekarte kein Hungeriger satt wird. Nur die Durchführung eines Programms schafft die Befriedigung. Der ganze Partei- und Gewerkschaftsapparat muß zur Folter für die Arbeiterchaft werden, wenn er als Selbstzweck und nicht für die Befreiung der Arbeiterchaft wirkt.

Anlässlich der letzten Diskussionen über Sem oder Nichtsein der Tarifgemeinschaft wurde uns von „verantwortlicher“ Seite ein graues Nichts als eventueller Ersatz für die Tarifgemeinschaft in Aussicht gestellt. Ist das nicht ein mildeverregendes Vermissen? Der Tarifgemeinschaftshilfe werden wir über kurz oder lang enttäuscht „mühen“; und wir seien uns bewußt daß an dauernder Defensiv der stärkste Gegner zugrunde geht. Oder will man etwa von stattgefundenen Offenheiten unterseits sprechen, wo wir täglich weiter der Verelendung entgegen gehen? Schon ist das Mähen von der Schaffung eines Kampffonds aufgelaucht. Aber, liebe Brüder in Christo, dazu ist es viel zu spät, und weiter können derartige einschneidende Umstellungen, wie sie uns bevorstehen, und wie wir sie durchziehen müssen, nicht mit einem noch so vollen Geldschrank „gemacht“ werden. Was wir am notwendigsten brauchen, das ist das Bekenntnis und die Förderung des heiligen Willens zur Selbstbefreiung. Und weil wir einzeln nichts, geschlossen aber nicht nur „eine“, sondern die Macht bedeuten, darum sollten auch wir Buchdrucker, und wir insbesondere, jede sich beladende Gelegenheiten begrüßen, gemeinsam mit der andern, sich n. d. „Bioniere“ nennenden, aber in puncto Lebenshaltung besser dastehenden Arbeiterchaft die so notwendigen Schritte zur Erreichung des Erstgenannten zu unternehmen. Entweder man will, oder man will nicht. Den allzu leidenschaftlichen Erwägungstheoretikern aber sei ins Stammbuch gemeißelt: „Wer viel erwägt, wird wenig leisten!“

Leipzig.

A. v. d. Heide.

Steinzellen

Wer den Mut hat, sich dem Moskauer Diktat zu entziehen und weiter den Mut hat, gegen dieses mit Verbe vorzugehen, wird als Verräter an den Interessen des Proletariats bezeichnet, was sich in Zerstückelung des Proletariats auswirkt. Immer sind zwar die Meinungsverschiedenheiten nicht grundsätzlicher Natur. Man bilden Irrtümer und Rechtsabereiten die Ursache des Gezänks. Manche „Marxoffiziellen“ arbeiten oft recht unmarxistisch. Wenn Marx auferstehen könnte, würde er seine Fingerring und Schiller auffordern, erst die Gesellschaft, überdauert das ganze Weltöffentliches zu studieren und nicht ihn. Es ist nicht getreulich, festzustellen, ob die Entwicklung den Weg gegangen ist, den Marx, Engels und Bebel vorgezeichnet haben, und wenn dieses der Fall ist, der Entwicklung unrecht zu geben. Das Gesicht nach der Vergangenheit richten und den wissenschaftlichen Dingen der Gegenwart fremd bleiben, ist Kurzsichtigkeit. Jedoch verständnisvolle Zusammenarbeit zwischen Theorie und Praxis bringen uns voran. Bewußt ist die Analyse der kapitalistischen Entwicklung durch Marx eine glänzende Leistung der nationalökonomischen Wissenschaft, doch konnte er das Tempo und die hemmende Wirkung der kapitalistischen Entwicklung nicht in allen Einzelheiten übersehen. Wir verbielen der Raumangel des „Korr.“, auf alle diese Dinge einzugehen.

Irrtümer und Rechtsabereiten, meist nicht Meinungsverschiedenheiten grundsätzlicher Natur, bilden das Gezänk in den Gewerkschaften. Unser Berufsleben ist so reich an Illustrationen auf diesem Gebiet und der „Korr.“ hat Großkonjunktur in Artikeln, die Auseinandersetzungen bringen zwischen Klassenoffenen, die doch alle gleich darben, alle gleiche Entbehrungen tragen müssen, alle einen Geld bekämpfen: den Kapitalismus. Halbheit und Verschwommenheit, Gewaltregiment und alle möglichen Agenden gegen Gewerkschaftler Amsterdamer Observanz, die nebenbei als schlimmer wie jede Reaktion hingestellt werden, sind diesen angehangen. Damit ist der Einfluß und der Förderung der Gewerkschaften nicht gebend, daß man unter Anwendung von List, Schlaubeit, illegalen Methoden, Verdrängung der Wahrheit dem Kommunismus Eingang in die Gewerkschaften verschaffen will. Man kann auch dem treuherrlichen Kommunismus nicht glauben, wenn er von einer Spaltungsparole der „Moskauer“ nichts gehört haben will. Die Frage des Kollegen Engelmeier in seinem A. H. Nr. 23 des „Korr.“, wie die Parole zur Spaltung der Gewerkschaften heißt, wo sie verzeichnet steht und wer sie ausgesprochen hat, leitet keine Behauptung, daß den Kommunismus gerade aufgegeben ist, in die Gewerkschaften hineingehen und sie zu erhalten, ist durch die Zehnen Lenins in ein eckartiges Licht gerückt. Wo Engelmeier noch fragt, haben die Oberbolschewisten längst geantwortet — gegen ihn!

Im § 14 des Statuts der kommunistischen Internationale heißt es z. B.:

Die auf dem Boden der Kommunismus stehenden, im internationalen Maßstab unter der Leitung der kommunistischen Internationale zusammengefaßten Gewerkschaften bilden eine Gewerkschaftsaktion der kommunistischen Internationale. Diese Gewerkschaften delegieren ihre Vertreter zu den Welt-

Kongressen der kommunistischen Internationale durch die kommunistischen Parteien der betreffenden Länder. Dann muß man also auch dafür Sorge tragen, daß der geistige Inhalt der Gewerkschaften, nicht nur die Form, vollständig revidiert wird, daß die parteipolitische Neutralität beibehalten wird und nicht nur die politische! Und wenn dies in einer Situation erstrebt wird, in welcher das Proletariat politisch so arg zerklüftet ist, so ist das nichts anderes — leiten wir einmal erblich — als die Spaltung auch der Gewerkschaften.

Die Parole, in die Gewerkschaften hineinzugehen und sie zu erhalten, ist heute zum mindesten nicht mehr einseitig; man wird sie bald ändern in: Heraus aus den Gewerkschaften! Dann sind wohl auch die Gewerkschaftler Amsterdamer Obervanz schuld an der Zerklüftung? Ich bin vielmehr mit dem kommunistischen „Aubracho“ einer Ansicht, welches ich über:

Die Spaltung der sozialistischen Parteien, zuerst der allen Sozialdemokratischen Partei, dann der Unabhängigen Partei, ist das bewußte Werk der Kommunisten gewesen.

So wird es auch werden bei den Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften werden sich schützen müssen. Jeder Kommunist kann Mitglied einer Gewerkschaft sein und werden, sobald er die Satzungen der freien Gewerkschaften anerkennt. Nur, weil ein Mitglied Kommunist ist, kann er aus keiner freien Gewerkschaft ausgeschlossen werden, es müßten denn andre Dinge vorliegen. Der Kollege Engelmeier ist ganz im Irrtum, wenn er meint, ich hätte in meinem Artikel in Nr. 11 des „Korr.“ Kommunisten-herbe getrieben. Treibt Propaganda, ihr Kommunisten, zieht in alle Lande, vertreibt eingelernte Leute — wir werden dafür Sorge tragen, daß der uns einzig übrig gebliebene Hort proletarischer Kraft, die Gewerkschaften, erhalten bleibt!

Berlin. O. Kurr.

Entweder — Oder!

Was schon alles über das Kapitel „Parteierspaltung“ geschrieben worden ist, das geht zuerst auf keine Stuhlpfanne mehr. Geht sollen es die Gewerkschaften wieder schmelen. Schon können die Kassandrare: Die Gewerkschaften sind in Gefahr! Woran liegt aber die Schuld der Zerklüftung? An der mangelhaften Bildung der Arbeiterklasse etwa? Dann wäre es die erste Aufgabe der politischen Arbeiterparteien gewesen, sich dahin zusammenzufassen, um volle Aufmerksamkeit zu verleben.

Betrachten wir einmal die Sache tiefer. Glaubt denn einer etwa, die Zerklüftung kommt nur durch Verhehlung? Dann wäre die Revolution tatsächlich nur „gemacht“ worden. Gerade so wie die Revolution (in gewissem Sinn auch Zerklüftung) aus verschiedenen Ursachen entstanden ist, entsteht die Zerklüftung der Arbeiterparteien. Warum die Revolution kam, werden wir alle wissen. Und nun, warum kommt die Zerklüftung? Hier muß ich voraussichten, daß es in der Politik in grundlegenden Fragen kein Kompromiß geben darf. Die Trennung der Sozialdemokratischen Partei während des Krieges kam nur, weil einige Abgeordnete zur Ansicht gelangten, daß der Weg, auf den sie gegen ihr Wollen gedrängt wurden, nicht der richtige sein konnte; er war letzten Endes gerade entgegengesetzt als der von ihnen festgelegte und noch vor ein paar Jahren propagierte. Nun kam die Reichstagswahl 1920, durch welche die USP. so großen Stimmengewinn erhielt. Warum? Weil viele glaubten, die USP. könne vieles besser machen. Aber anstatt mit Wollidampf voraus an das Bestemachen zu gehen, gestel man sich in theoretischen Weisheiten. Die Folgen sind schon eingetreten. Die so rasch angewachsene Partei ist zerklüftet. Und so geht es fort!

Warum? Weil nach der Meinung vieler Arbeiter „nichts gemacht“ wird. Die Arbeiterklasse sucht eben Veränderung dieser Qual. Warum soll sie allein den verlorenen Krieg zu spüren bekommen? Und daß sie nicht gerade weiß, warum ihre Führer das und das so gemacht haben, kann man ihr nicht verüben. Aber daß sie weiß, daß ihre Führer das und das nicht gemacht haben, das ist ihr Instinkt, und nach diesen werden sie für diese oder jene Partei — oder auch gar nicht wählen. So sind sie nun einmal.

Und nun, zum Kernpunkt der Sache: den Gewerkschaften. Ich weiß ein Mittel, dieselben vor Zerlegung zu bewahren: Politisches Handeln für die arbeitende Klasse! Das alles kann man sich an den fünf Fingern abzählen, nämlich, daß wenn der Lohn etwa das Zwischende der Friedenszeit erreicht und die Nahrung und Kleidung usw. das Zwanzigfache, die untere Klasse dadurch zu Grunde geht. Was fragt man danach, ob die Gewerkschaften zerklüftet sind oder nicht? Entweder — oder! Daß die Arbeiterklasse etwas vermag, das hat die schnelle Erledigung der Kapp-Regierung gezeigt.

Kaff. A. Kolb.

Los von den Parteien!

Es ist nicht von ungefähr, wenn in der Vorkriegszeit in der reaktionären Presse und in den Wählbüchern derselben Klassen über die angestrebte zukünftige Herrschaft des Proletariats zu finden waren. Und zum Gaudium jener Arbeiterklasse müssen wir es erleben, daß die Arbeiterklasse sich sogar schon gegen die die Schüssel einschlägt, ehe sie überhaupt zur Herrschaft gelangt, was wir wohl selbst einst kaum für möglich hielten. Müßig ist es, unter solchen Verhältnissen von einer auszubauenden Verwirklichung des Sozialismus zu reden, wenn nicht der Glaube an diesen überhaupt vollständig ins Wanken gerät.

Was wir an Kämpfen innerhalb der Arbeiterklasse seit der 1918 eingetretenen Umwälzung der staatlichen Verhältnisse erlebt haben, erläutert sehr an die vorzugeschicklichen Religionskämpfe, von denen die seit zwei Jahren intensiv geführten Kämpfe um die Verwirklichung des Sozialismus einen „Abglanz“ bilden. Auch die Sittenlehre des Christentums dreht sich einst um die Lösung der sozialen Frage, die aus den Verhältnissen heraus, teils politischer Natur, teils in religiösen Selbstvorstellungen begründet, mehr und mehr in Kämpfen um die Massen- und Seelenherrschaft ihren Ausgang fand, wodurch naturgemäß das Ideal der Religionslehre Schlußbruch leiden mußte. Genau so und nicht anders sieht es in unserer gegenwärtigen Zeit aus. Der Kampf um den Sozialismus ist gleichfalls in ein Stadium eingetreten, bei dem es sich nicht mehr um die Verwirklichung derselben, sondern um die Etablierung einer bestimmten Parteiherrschaft dreht. Derweil habe ich darum nach fünfjähriger Mitgliedschaft in der USP. mit der politischen Parteizugehörigkeit gebrochen, obwohl ich von Haus aus schon unter Gewerkschaftsbewegung als den ruhenden Pol in der Erklärungen Flucht auf dem Gebiet aller Selbstbestimmungen betrachtete. Darum zum Teil mit den politischen Parteien insgesamt! Kollegen! Euer Wohl und Wehe hängt nicht von ihnen ab, sondern von eurem Solidaritätsbewußtsein! Keine Macht der Welt kann euch niederringen, wenn ihr einig seid! Aber wehe den Befehlten!

Seht die Verwirklichung des Sozialismus nicht vor allem Brüderlichkeit der Gesinnung voraus? Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit wollen alle sozialistischen Parteien der Menschheit bringen, statt dessen aber läßt sie unausführlichen Haß und Zwitterdank. Aus den zur Führung des Wahlkampfes in Preußen von den sozialistischen Parteien herausgegebenen Flugblättern gewann man einesteils den Eindruck, als ob es Feinde der Arbeiter in den Reihen der Rechtsparteien oder Kapitalisten überhaupt nicht mehr gibt, da der Schwerpunkt des Kampfes in der Hauptflache in der Bekämpfung der Rechtsparteien lag. Abgegeben von der Beurteilung der hierzu hergeleiteten Berechtigung könnte man vielleicht einigziges Verständnis dafür haben, wenn die Formen des Kampfes nicht auf Demagogie, Lüge und hauptsächlich auf einen Ton abgestimmt wären, der milder den Ausdrücken eines auf fester ständiger Gesellschaftsstufe stehender Straßenvögel ähnelt. Nicht anders ist es in den Veranlassungen, worüber Heinrich Ströbel in der „Welt am Montag“ am 31. Januar d. J. schrieb:

Es gibt nur wenige Wahlveranstaltungen, in denen sich die verschiedenen Gruppen des Sozialismus nicht untereinander wilde Redeschlachten liefern, die sich gelegentlich bis zu rege rechem Faustkampf steigern.

Die Gewerkschaften sind für uns Arbeiter die Träger unseres wirtschaftlichen Lebens. Auch sie sind zum Zummelplatz parteipolitischer Verwicklungen geworden. Die Erörterung und Prüfung volkswirtschaftlicher Fragen und Zusammenhänge, die besonders der so notwendigen Aufklärung und Schulung der heranwachsenden Generation dienen sollen, gehört in den Versammlungen der Vergangenheit an. Dafür bietet uns das Repertoire der politischen Parteigelehrter ein reichhaltiges Programm ausgeleierter Phrasen. Inzwischen sucht das Großkapital seine Konjunktur auszunutzen und seine Position mehr und mehr zu stärken. Allerdings gibt es Leute, die den Kapitalismus schon ziemlich am Boden liegen sehen, solche Leute hat es früher auch schon und sogar unter großen Gelehrten gegeben. Die Lösung des Sozialisierungsproblems wird zum Teil durch die Konzentration des Kapitals immer schwieriger und fraglicher.

Wir fragen, warum werden in unserer Gewerkschaftsbewegung die politischen Parteien ohne Unterlaß nicht mit derselben Heftigkeit abgelehnt wie bei den Ensdiktanten? Der Gründe hierfür gibt es mehrere. Einer davon ist vielleicht der, daß ein Teil der Gewerkschaftsführer sich allmählich zu Berufspolitikern entwickelt hat und ein Teil der Verbände schon vor dem Kriege der Sozialdemokratie mehr oder weniger verfallen war. Die parteipolitische Neutralität ist eben nicht überall so korrekt befolgt worden wie bei den Buchdruckern, wo dies sicher nicht zum Schaden des Verbandes geschah. Im vielerlei besser wäre es vielleicht doch gewesen, wenn Ludwig Rexhäusers Mann der Parlamentariervertretung Wirklichkeit geworden wäre! Mäße man auch von jeder mehr Wert auf die Geschlossenheit der gesamten Arbeiterklasse gelegt als auf die zum Teil zusammengebrochenen Marx'schen Theorien, so stände die Arbeiterbewegung heute anders da. Denn nach unserer Auffassung hat die Verwirklichung des Sozialismus mit einer Partei nichts zu tun, da sie Aufgabe der Volksgemeinschaft ist. Wir leben auch, daß die Gewerkschaften für den Aufstieg der Arbeiterklasse ganz andre Leistungen vollbracht haben wie die Sozialdemokratie, die an dem heutigen Chaos in der Arbeiterklasse nicht ganz schuldlos ist, wobei nicht auf die Kriegspolitische Bezug genommen werden soll, sondern auf die Ausführungen Willems auf dem Parteitag in Weimar 1919:

Breite Massen der Arbeiterklasse sind vom Profitstreben angezogen, weil sie im Sozialismus nur die ökonomische Besserstellung erblicken. Daran sind wir mit schuld, weil wir in unserer ganzen Agitation ausschließlich die ökonomischen Triebekräfte des Sozialismus betont haben und nicht die tiefen sittlichen Prinzipien, die in ihm stecken.

Darum heißt es für jeden Gewerkschaftler: Augen auf! Laßt euch nicht von parteipolitischen Geschwätemachern einfangen, sondern reißt ihnen die Maske vom Gesicht, gleichviel ob sie von rechts oder links kommen. Zur Rettung aus diesem Lohwabenbau gibt es für die Arbeiterklasse nur ein Mittel, und das ist die entschiedene

Rückkehr zur parteipolitischen Neutralität, die uns ablenkt nicht hindert, auch politischen Fragen unsere weisgebende Aufmerksamkeit zu widmen, wie es auch früher geschehen ist.

Rudolf Adam.

Sie tanzen Ringelreihen . . .

Getreu dem Beispiel auf dem unabhängigen Parteitag in Halle vollzogen sich auch in den Gewerkschaften eine Trennung der künftigen Brüder. Was geflern noch gemeinlich über die rechtssozialistischen „Arbeiterverräter“ und die „enstirnigen Gewerkschaftsbureaucraten“ hergesprochen war, hat sich heute im härtesten Kampfe gegeneinander in den Säalen und Saalgeleht mit Krallausdrücken, die man in Anyges „Mingang mit Menschen“ vergeblich suchen würde. Auch in unserer Organisationspolitik vollzogen sich die Trennung. Der Teil der Kollegen, der der USP. angehört, stellt sich auf den Boden der dritten Internationale, während der andre Teil, zur USP. gehörig, sich auf den Boden des Internationalen Gewerkschaftsbundes stellt. Während der erkannte Teil der Kollegen ganz klipp und klar zu erkennen gibt, welches sein Ziel ist und wie die Grundzüge man vertritt, hat man sich auf der andern Seite zu einer derartig klaren Stellung nicht durchringen können. Dem jedem freigelegten organisierten Arbeiter ist doch bekannt, daß wir alle auf dem Boden des Internationalen Gewerkschaftsbundes stehen, daß der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund ein Glied des Internationalen Bundes ist und es daher offener und klarer wäre, zu sagen, wir stehen auf dem Boden des I.G.W.

Doch man muß dieses Aushängeschild führen, um so den „Kampf gegen die Gewerkschaftsbureaucrate und Arbeitsgesellschaften“ zu führen, trotzdem man bisher auf die Frage, wie es besser gemacht werden kann, noch stets die Antwort schuldig geblieben ist.

Besonders schlagig jedoch ist es, wenn man zu hören bekommt — jedenfalls um die erst aufgezeigte Grundlage noch zu re stärken, die Opposition steht auf dem Boden der „Beschlüsse des Internationalen Gewerkschaftskongresses in London“.

Unter den Beschlüssen, die dort gefaßt wurden, richtet sich auch eine gegen die Angriffe der Moskauer Internationale, und darin heißt es u. a.:

Der Kongress bekräftigt, daß der Internationale Gewerkschaftsbund und seine Zentralverbände aller Länder ihre Tätigkeit auf die Umgestaltung der Gesellschaft und die Beilegung des kapitalistischen Ausbeutungssystems richten. Dies geschieht unter voller Berücksichtigung der Lebensgewohnheiten, der Überlieferungen und der tatsächlichen Lage in jedem Lande.

Es wird hier den Herrschenden, die sich mit dem Brüllton der Überzeugung auf den Boden der Beschlüsse dieses Kongresses stellen, ganz eindeutig gesagt, daß sich die Tätigkeit auch des I.G.W. und damit auch unserer Organisationspolitik im Sinne unseres sozialistischen Strebens bewegt. Selbstverständlich kann man über die Mittel und Wege zur Erreichung unseres Zieles verschiedener Meinung sein. Doch genügt es nicht, nur große Worte im Munde zu führen, es müssen auch gangbare Wege gewiesen werden.

Noch unklarer und verschwommener mußte das Aushängeschild der sogenannten gemäßigten Opposition an, betrachtet man einmal die Richtlinien des I.G.W. Hier drängt sich sofort die Überzeugung auf, daß die Herren, die so eilig die Beschlüsse des Internationalen Gewerkschaftskongresses in London propagieren, von diesen Richtlinien offenbar keine Abnung haben, denn sonst hätten sie sich die Punkte in London wohl sicher gelpart. Selbst es doch im Punkt 4 der Richtlinien:

Die Gewerkschaften erblicken im Sozialismus gegenüber der kapitalistischen Wirtschaft die höhere Form der volkswirtschaftlichen Organisation.

Nun ist im „Korr.“ ein heftiger Meinungsstreit zwischen den Vertretern der sogenannten gemäßigten Opposition und den „Erabanten des Berliner Gewerkschaftsverbandes“, diesen „SPD. Kanakthier“, entbrannt über die verschiedensten Vorgänge im Berliner Gewerkschaftsleben sowie über die Stellung der USP. Kanakthier nach ihrer Trennung von ihren kommunistischen Freunden. Hierbei stellt der Kollege Fiedler die Behauptung auf, uns trennen nicht Grundzüge, wie sie uns von der SPD. trennen, uns trennt nur die Frage der Taktik. Man vergegenwärtige sich einmal: Die SPD. steht auf dem Boden der dritten Internationale, die „gemäßigte Opposition“ auf dem des Internationalen Gewerkschaftsbundes, auf dem auch die USP. steht — und dennoch trennt sich die USP. von der SPD. Opposition nur durch die Frage der Taktik und nicht der Grundzüge! Das zu begreifen, ist allerdings nicht so einfach. Ich möchte eine derartige Auffassung eher als eine Spekulation auf die Oberflächlichkeit eines Teiles der Berliner Kollegen bezeichnen.

Wenn Kollege Fiedler es mit Entrüstung ablehnt, „in den Armen der Dame Gewerkschaftsbureaucrate Schäferhündchen zu genießen“, da er weiß, wo er sich seine Kampfgenossen zu suchen hat, so ist das keine rein persönliche Auffassung. Doch will ich ihn nur daran erinnern, daß gerade seine Parteifreunde die Hilfe der „SPD. Kanakthier“ sehr notwendig zur Überlegung chinesischer Mauern brauchen, z. B. bei den Metallarbeitern und auch bei den Holzarbeitern. Zum Schluß seiner Ausführungen sagt dann Kollege Fiedler noch, sie werden unmissliche Führer an die Spitze verromerter Bureaucraten setzen. Ein solch bombastischer Redeschwall wirkt doch sehr komisch, sieht man sich die raube Wirklichkeit an. Bei der Aufstellung der Kandidaten für die Tariforgane war die Opposition nicht in der Lage, für den Streikwerter Massini und den ersten Stellvertreter Ubrecht Gegenhand-

dafen aufzustellen; man beschränkte sich auf die Ausschließung eines zweiten Stellvertreters. Erst später, außerhalb der Versammlung, tauchten dann zwei Verlegenheitskandidaten auf.

Auch in der Verlammlung, die den Bericht über die letzte Tarifausgleichung entgegennahm, war die Haltung der „gemäßigten Opposition“ eine derartig verhältnismäßige, daß sie als alles andere denn als zickig zu bezeichnen ist. Mit großem Wohlgefallen kritisiert man die Ergebnisse der Verhandlungen, um möglichst radikal zu erscheinen, findet aber nicht den Mut, das auszusprechen, was nach solchen Ausführungen eigentlich bei beifälliger Genehmigung wäre, sondern begnügt sich mit einer „Erklärung“.

Nach solchen Führerproben werden wohl die Berliner Kollegen in ihrer Mehrzahl es auch in Zukunft ablehnen, denjenigen zu folgen, die bei allen Gelegenheiten wohl unerschütterliche Kritik üben, in schweren und einschneidenden Augenblicken aber hallos hin- und herpendeln, sondern sie werden weiter denjenigen folgen, die ihnen zwar nicht den Himmel auf Erden versprechen, die aber den Mut haben, die Lage so zu schildern, wie sie wirklich ist, wenn es unsern Ohren auch nicht immer angenehm klingt, die auch wissen, was sie wollen: den „alten verdienstvollen Gewerkschaftsbureaukraten“!

Berlin-Gesellig. Georg Pölsch.

○○○○ Korrespondenzen ○○○○

Berlin. (Brandenburgischer Maschinenlehreverein.) In der Vereinsversammlung am 6. Februar gab der Vorsitzende zunächst bekannt, daß in Zossen eine neue Ortsgruppe unseres Vereins gegründet worden sei. Weiter stellte er mit, daß Kollege Oberüber am 13. März in einer gemeinsamen Versammlung mit den Korrektoren einen Vortrag über: „Sachtechnisches für die Maschinenlehre“, und Kollege Diederich (Schwerin) einen Abschlußvortrag über: „Typographische Spielereien“ oder „Der Erdingergeist auf Erwegen“ gehalten wird. Nach einem kurzen Bericht über die letzte Vertrauensmänner-Versammlung gab Kollege Lehmann das Resultat der Zentralkommissionwahl bekannt. Die Zentralkommission hat sich neu konstituiert und wählte den Kollegen Lehmann zum Vorsitzenden. Kollege Bierich schied daraufhin freiwillig aus der Zentralkommission aus. Über diese Angelegenheit entspann sich eine äußerst lebhaft geführte Debatte, in der zum erstenmal in unserm Verein ein tiefer Trennungsschnitt zwischen oppositionellen und nichtoppositionellen Kollegen gezogen wurde. Zur Aufnahme meldeten sich vier Kollegen. Nächste Versammlung am 6. März.

H. Breslau. (Maschinenmeister.) Am 13. Februar fand unsere Generalversammlung statt, in der unser erster Vorsitzender Alfred Piesch dem verstorbenen Kollegen Strauch von der Zentralkommission einen ehrenvollen Nachruf widmete. Das Andenken des Verstorbenen wurde durch Erheben von den Plätzen geehrt. Der Jahres- und Kasienbericht wurde genehmigt und dem Kassierer Entlastung erteilt. Unser Kassierer Schönborn kam am 7. Februar auf eine 25jährige ununterbrochene Tätigkeit als Kassierer im Verein zurückzuführen. Aus Anlaß dieses Gedenktages fand anschließend eine Ehrung des Jubilars statt. Zahlreiche Glückwünsche von Kollegen, Brüdern und aus der Provinz und der Zentralkommission bewiesen, welcher Achtung und Verehrung sich der Genannte erfreut. Als Zeichen der Anerkennung für seine Tätigkeit des Vereins wurde demselben ein Geschenk überreicht. Kollege Schönborn dankte in bewegten Worten für alle Ehrungen, die ihm zuteil geworden, und versprach, solange ihm seine Kräfte und Gesundheit es gestatten, auch fernerhin für den Verein und die Spartenbewegung zu wirken. Als Zeichen der Dankbarkeit erhob sich die Versammlung von den Plätzen. Möge es unsern Freund und Kollegen Schönborn noch lange vergönnt sein, sich seinem Posten zu widmen! Da der feierliche erste Vorsitzende eine Wiederwahl ablehnte, wurde an seine Stelle Kollege Karl Weber neu- und Kollege Schönborn als Kassierer sowie Kollege Paul Schreck als Kreisvertreter wiedergewählt. Das verfloßene Vereinsjahr war ein reges und die Kollegen zeigten ein großes Interesse an den Veranstaltungen des Vereins. Das Stiftungsfest des Vereins soll am 12. März in einfacher Form unter den Kollegen begangen werden. Ein Antrag des Kollegen Hansch, 500 Mk. des Vereinsvermögens bei der Sparrkasse des Gewerkschaftshauses zinsbar anzulegen, wurde einstimmig angenommen.

Darmstadt. Am 13. Februar fand unter zahlreich beachtete Hauptversammlung statt. Zwei Kollegen wurden in den Verband aufgenommen. Unter „Mittelungen“ gab Vorsitzender Bahler die Neukonstituierung des Schiedsgerichts bekannt. Dem Kollegen Ernst, der beinahe 25 Jahre dem Bezirksvorstand angehört, wurde aus Anlaß seiner silbernen Hochzeit ein kleines Geschenk als Anerkennung überreicht. Der Vorsitzende gab den umfangreichen Jahresbericht in sehr eingehender Weise. Darum war zu entnehmen, daß im Bezirk eine Fülle von Arbeit auf tariflichem Gebiete zu bewältigen war. Der Kasienbericht lag gedruckt vor und dem Kassierer Böhm wurde Entlastung erteilt. Den Bericht des Arbeitsnachweises gab der Verwalter, Kollege Bernasconi, der bemängelte, daß die Prinzipale den Nachweis nicht genügend benutzten. An der Diskussion der Berichte beteiligten sich verschiedene Kollegen, die alle ihr volles Einverständnis erklärten. Kollege Seyd hat den Vorsitzenden, weiter seines Amtes zu walten und dankte im Namen der Versammlung für dessen ersprießliche Mithewaltung, ebenso dem Gesamtvorstand. Bei der Vorstandswahl wurde der Gesamtvorstand per Akklamation gewählt. Für den auscheidenden Kol-

legen Ernst wurde ein Ersatzmann gewählt. Als Kartelldelegierte wurden vier Kollegen bestimmt. Der Bezirkskasienbericht wurde um 20 Pf. ab 14. Februar erhöht. Über den Konflikt der Groß-Gerauer Kollegen berichtete Vorsitzender Bahler. Nachdem eine Schiedsgerichtssitzung unter Anwesenheit des Prinzipalsvorsitzenden Herrn Schloßer und unfers Gehilfenvertreters Neppach hier stattgefunden, fand der dreitägige Konflikt seine Erledigung damit, daß den 17 Groß-Gerauer Kollegen ein fünfprozentiger Lohnzuschlag ab 1. Januar zuteil wurde. Die ganze Affäre drehte sich um die 15-km-Grenze. Den Kartellbericht trug Kollege Baumann vor.

Gera. Die Hauptversammlung unfers Ortsvereins fand am 6. Februar statt. Der Vorstand hatte zur Abhaltung der Hauptversammlung einen Sonntag gewählt, um den auswärtigen Kollegen Gelegenheit zu geben, an derselben teilzunehmen. Trotzdem hielten es verschiedene Kollegen nicht der Mühe wert, die Versammlung zu besuchen. Vorsitzender Geußel widmete dem verstorbenen Gewerkschaftsführer Karl Regien ehrende Worte. Nachdem der Kassierer den Kasienbericht erstattet hatte, gab der Vorsitzende in kurzen Zügen ein Bild über das abgelaufene Vereinsjahr. Die tariflichen Verhältnisse am Orte sind im allgemeinen gut. Nur in einer Druckerei lief in bezug auf Einhaltung des Tarifs viel zu wünschen übrig. Auch in Köstlich sind die tariflichen Verhältnisse nicht so, wie sie sein sollen; das liegt aber nur an der technischen Leistung. In der Aussprache, die sich an den Bericht des Vorsitzenden angeschlossen, kam zum Ausdruck, daß man bei Einführung der 15-km-Zone in den kleinen Orten in der Umgebung von Gera auf Schwierigkeiten gestoßen ist. Vor allem wurde der Artikel des Kollegen Schless über die neuen Lohnzuschläge scharf kritisiert. Der Vereinsbeitrag wurde um 20 Pf. erhöht. Der Ortsarbeitslohnzuschlag wurde auf täglich 1 Mk. und die Ertrantenleistung für Durchreife auf 2 Mk. festgelegt. Infolge Anstellung eines Betriebsratssekretärs machte sich die Erhöhung des Kartellbeitrags von 1 Mk. auf 2,50 Mk. nötig. Eine Entlassung, die sich mit dem „Mensen Brief“ der DVP, befaßte, wurde gegen fünf Stimmen abgelehnt. Die Wahl des Vorstandes ergab die einstimmige Wiederwahl der bisherigen Mitglieder.

Görlitz. Die hiesigen Korrektoren haben sich am 8. Februar insgemein dem Vereine hiesiger Korrektoren angeschlossen; die Ortsgruppe Görlitz (war nur sieben Mann stark, aber doch fast 100 Proz. „partenorganisierter“) wählte als Obmann den Kollegen Eugen Markus, Sobrstraße 12.

Hamburg. (Maschinenlehre.) Die gutbesuchte Generalversammlung am 6. Februar ehrte eingangs das Andenken eines verstorbenen Kollegen durch Erheben von den Plätzen. Der Quartalsbericht und die Jahresabrechnung wurden genehmigt. Der Jahresbericht lag im Druck vor. Der gesamte Vorstand wurde per Akklamation wiedergewählt. Der durch Entgegenkommen der Altonaer Schulbehörde möglich gewordene, sich über acht Sonntage erstreckende Vortragszyklus „Elektrotechnisches Praktikum für Maschinenlehre“ wurde durch den Kollegen Krug in seinen Einzelheiten skizziert, und man hofft, den Zuhörer bei weiterer Unterstützung wiederholen zu können. Kollege Plechsch bedauerte, daß die Hamburger Schulbehörde hinsichtlich zureichensprechender Unterstützung mindestens Interesse gezeigt hätte, erhoffte jedoch mit Hinblick auf den Zweck der guten Sache günstige Einwirkung. Kollege Temler gab kurze Erläuterungen zu seinen Neuerungen an Details einer Elektrolinie. Kollege Temler wurde zur vorjährigen Technischen Kommission hinzugezogen. Alsdann hielt Herr Ingenieur Amster von der „Alsberei“ einen feingliederigen Vortrag über elektrische Beheizung, nachdem er in das Gebiet Elektrizität allgemeinereitendlich eingeführt hatte. Eine Reihe Stützen sowie eine an den Vortrag sich anschließende praktische Erläuterung im „Hamburger Fremdenblatt“ durch die Herren Ingenieur Amster, Meyer und Monteur Vogel lenkte das Interesse der Kollegen auf eine aktuell gewordene Tagesfrage. — Ein geistliches Beistandem im „Gewerkschaftshaus“ beschloß die Jahresversammlung.

y. Karlsruhe. (Maschinenlehre.) Die am 13. Februar abgehaltene Generalversammlung des Bezirks hatte erhellenderweise einen guten Verlauf zu verzeichnen. Nachdem einige Annahmen vollzogen und die gelebtesten Mitteilungen ihre Erledigung gefunden, erstattete der Vorsitzende den Geschäftsbericht, dabei besonders betonend, daß uns das Ergebnis der letzten Tarifrevision nicht befriedigen könne. Es müsse daher um so eilriger für die Zukunft gearbeitet und alle noch fernstehenden Maschinenlehre ihrer Parthei zugeführt werden. Infolge der im vorigen Jahre vorgenommenen Beitragserhöhung von 20 auf 50 Pf. konnte der Kassierer einen günstigen Kasienbestand konstatieren. Der 50 Pf.-Beitrag soll auf Beschluß der Versammlung bis auf weiteres bestehen bleiben. Allgemein bedauert wurde, daß Kollege Ring, der seit vielen Jahren den Posten als erster Vorsitzender zur größten Zufriedenheit bekleidete, nicht mehr zu bewegen war, dieses Amt nochmals zu übernehmen. An seiner Stelle wurde Kollege Ehrenreich gewählt. Großes Interesse brachte man dem Vortrage des Kollegen Krabbe über seinen von ihm konstruierten und bereits zum Patent angemeldeten selbsttätigen Spaltenerapparat entgegen, den er soweit als möglich praktisch vorküßte und der eine glückliche Lösung dieses schwierigen Problems herbeiführen dürfte.

Kassel. (Maschinenlehre. — Halbjahresbericht.) Der Versammlungsbericht in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres konnte trotz teilweise höchst wichtiger Tagesordnungspunkte nicht immer als gut bezeichnet werden. In ausführender, sachlicher Weise wurde die Kartell- und Generalversammlungsbeschlüsse, Tarifanträge

und die Veränderungen und Neuerungen im ab 1. Januar geltenden Tarif besprochen sowie stets der Punkt „Technisches“ interessant und anregend gehalten. Laut Kartellbeiträge mußten wir unsere bisher 15jährige Selbstständigkeit aufgeben und dementsprechend wurde daraufhin beschloßen, daß wir uns als Bezirksverein im Gau Frankfurt-Sellen betrauten. Der Monatsbeitrag, der eine Erhöhung erforderte, betrug jetzt 1 Mk. und außerdem wird ein Quartalsbeitrag von 50 Pf. pro Quartal erhoben. Die Mitgliederzahl beträgt infolge Austritts der Kollegen aus den südhannoverschen Ertraktoren bzw. der Neugründung der Südhannoverschen Maschinenlehrevereins (Sich Östlich) nur noch 47; jedoch kann betont werden, daß bis auf zwei familiäre Maschinenlehre im Bezirk Kassel auch Spezialorganisierte sind. Nicht alle infolge der anormalen Verhältnisse wieder am Stoff arbeitende Kollegen konnten bisher vollständig zur Maschine zurückkehren. Die in Kassel in drei Tageszeiten (seit langen Jahren bestehende Sozialnacharbeit), wovon ein großer Prozentsatz unserer Kollegen betroffen wurde, ist zu deren größter Freude endlich abgedacht, indem jetzt in den bezeichneten Zeitungsdruckereien am Montagmorgen 6 Uhr die Arbeit begonnen wird. Infolge Berufswechsels des bisherigen Schriftführers fand bei der durch Stimmzettel vorgenommenen Neuwahl des Gesamtvorstandes eine Veränderung in der Besetzung der Posten statt. Die Kollegen S. Kubitz wurde als Vorsitzender und Karl Fink als Kassierer wiedergewählt. Mit dem Danke für die Unterstützung, die die Kollegen dem Vorstand im letzten Jahre nicht zuletzt zum Vereinsvorteile gewährt hatten, und mit der Aufforderung, auch künftig der Sparte und dadurch nicht zuletzt dem Verbandsregles Interesse, Anhänglichkeit und Treue entgegenzubringen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

S. Köln. Vor Eintritt in die Tagesordnung der Bezirksversammlung am 5. Februar rügte Vorsitzender Janßen den schwachen Versammlungsbesuch; kaum ein Sechstel der Mitglieder war anwesend. Das Politisieren hinter dem Kasien mußte endlich aufhören, in der Versammlung sei der Ort, wo Meinungen ausgetauscht werden könnten, wenn auch die einzelnen Redner einmal hart aufeinanderplätzen. In üblicher Weise wurde das Andenken dreier Kollegen geehrt. Nachdem auf die Resonanzen, die Volkshochschule und die Gewerbegerichts-wahl hingewiesen, wurden fünf Kollegen einstimmig aufgenommen. Hierauf wurde mitgeteilt, daß 16 Kollegen und ein Lehrling der Farbwerke Leuerhufen ausgereist seien. Trotzdem die Vorstände der freien Gewerkschaften warteten, ist die gesamte Belegschaft von etwa 8300 Mann in den Streik getreten. Diktatur! Eine erregte Diskussion entspann sich über die Unterstützungslage dieser Kollegen. Der Vorstand wurde beauftragt, alles zu tun, um die Betroffenen über Wasser zu halten. In längeren Ausführungen berichtete Kollege Janßen über das abgelaufene Jahr und mahnte zum Schluß zur Vernunft, um uns vor Zerstückelungen zu bewahren. „Über das Kleinwohnungsproblem“ sprach Herr Stud. rer.-pol. Dr. Czudaj. Redner schilderte das Wohnungsproblem in den Mietskasernen und betonte, daß man nach seiner Ansicht die Wohnungen nicht sozialisieren, sondern nur kommunalisieren könne. Unter „Verchiedenem“ wurde die schon erledigte Debatte über die Unterstützung der ausgesperrten Kollegen nochmals herbeigerufen, und nun erteilten einige Kollegen eine gebührende Mißbilligung. Eine Resolution Hagen und Gen., welche die sachungsgemäß festgelegten Unterstützungslage als Verböhnung aufstufte, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Zum Schluß gab Kollege Krieger Aufschluß über die Kreisamtsprüfung und schilderte die große Notlage der Saarbrücker Kollegen.

Kölnbus. Inre Generalversammlung am 29. Januar hatte sich eines sehr guten Verlaufes zu erfreuen. Die reichhaltige Tagesordnung wurde ziemlich schnell erledigt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Ergebnis der Verhandlungen mit den Prinzipalen zwecks Zahlung einer Mitgliedsbeiträge bekanntgegeben und von der Versammlung angenommen. Hierauf wurde der Jahresbericht des Vorsitzenden und der Kassierer entgegengenommen. Darauf wurde von der letzten Vertrauensmännerprüfung berichtet und ein Beschluß bekanntgegeben, daß in Zukunft keine Bezirksversammlungen mehr stattfinden sollen, sondern nur Delegiertenlage, da die Kosten zu Bezirksversammlungen zu hoch sind. Nur Ausnahmen entbänden von diesem Beschluß. Nachdem ein Ausstufungsantrag gegen ein Mitglied abgelehnt worden war, wurde zur Neuwahl des Gesamtvorstandes geschritten. Der Vorstand wurde bis auf den zweiten Vorsitzenden, die Kassierer und den ersten Schriftführer, die infolge Ablehnung neugewählt werden mußten, einstimmig wiedergewählt. Es wurden noch die Neuwahlen zum Gewerkschaftskartell und der Revisoren vorgenommen und einige örtliche Angelegenheiten erledigt.

Leipzig. (Schriftlehre.) In der am 3. Februar abgehaltenen Versammlung wurde des verstorbenen Gewerkschaftsführers Karl Regien sowie drei verlorener Mitglieder ehrend gedacht. Der Vorsitzende berichtete sodann über die Tätigkeit des Vorstandes seit letzter Versammlung, hierbei die Tariffrage besonders ausführlich behandelnd. In der Aussprache übte man scharfe Kritik an der ablehnenden Haltung des Tarifauschusses bezüglich des von Leipzig gestellten Antrags wegen Verlegung in Lohnklasse A. Die Feuerungsverhältnisse seien genau wie in den andern Großstädten, daher sei die ablehnende Haltung unverständlich. Es sei nicht auf möglich, unter den jetzigen Verhältnissen mit den zur Zeit gezahlten Löhnen bis Ende März auszukommen, daher müsse der Tarifauschluß baldmöglichst zusammenzutreten, um zur Erhöhung der Feuerungsvergütung Stellung zu nehmen. Auch über die

Tätigkeit des Tarifgerichts wurde wegen Verschleppung der strittigen Fälle lebhaft kritisiert. Die Gewerkschaften werden verurteilt, schleunigst Abhilfe zu schaffen. Die von den einzelnen Berufsgruppen und vom Vorstande gestellten tariflichen Anträge wurden nochmals kurz durchgesprochen und dann einstimmig angenommen. Ebenfalls wurden noch mehrere Anträge zum Manteltarif gestellt, die gleichfalls einstimmig gutgeheißen wurden. Mit der Aufstellung eines Kandidaten zur Gewerkschaftsversammlung wurde der Wahl von fünf Delegierten zum Schriftleitungskongress (welcher dann als Erziehungslager) fand die sehr gut beluchte Verammlung ihren Abschluss.

△ Bezirk Offenbach a. M. Am 6. Februar tagte unsere Hauptversammlung, die sich eines leidlichen Besuchs zu erfreuen hatte. Unter „Geschäftlichem“ wurden zunächst zwei Neuaufnahmen des Gewerkschaftsbestandes überwiesen und u. a. bekanntgegeben, daß demnächst die Gründung eines Bezirks in einer hiesigen Bruderei den Schlichtungsausschuss beschäftigen werde. In großartigem, wohlangelegtem Referat gab sodann der Vorsitzende der Bezirkskommission Bericht über den Stand der Dinge. Der Jahresbericht des vierten Quartals 1920 sowie der Jahresabschlussbericht lagen gedruckt vor und der Finanzminister, Kollege Stein, ließ noch einige Ergänzungen und Erläuterungen folgen. Eine wesentliche Aussprache knüpfte sich nicht an die Berichte und es erfolgte einstimmig die beantragte Entlastung. Die Entschädigung der Vorstandsmitglieder wurde in diesem Jahre zum erstenmal auf Antrag der Revisionen prozentual festgesetzt. Die hierauf vorgenommene Vorstandswahl verlief glatt, indem die amtierenden Kollegen bis auf einen, der eine Wiederwahl ablehnte, wiedergewählt wurden, ebenso die Besetzung der Ämter in den einzelnen von uns mitzuvertretenden Korporationen. Zu der in Kürze stattfindenden Gewerkschaftsversammlung wurde unter Vorsitzender als Kandidat in Vorlage gebracht. Eine Erhöhung des Beitragsbetrags machte sich notwendig. Nach sachgemäßer und überzeugender Begründung wurde der Vorstandsbeschluss, eine Erhöhung um 20 Pf. vorzunehmen, einstimmig angenommen. Da in diesem Jahre 25 Jahre seit der Gründung des Bezirks verstrichen sind, soll vorläufiglich am 19. Juni ein Jubiläumsgedächtnisfest mit dieser Feier verbunden werden. Die Vorbereitungen hierzu werden dem Bezirksvorstand und einer Kommission übertragen, welche in einer der nächsten Versammlungen Bericht über den Fortschritt zu machen hat. Nach dem dann noch auf die Betriebsrätewahl in der Zeit vom 1. bis 21. März hingewiesen sowie der Gruppenscheinvereinigung pro Jahr 300 Mk. bewilligt waren, erfolgte Schluss der Versammlung.

Mch. Würzen. Bei guter Beteiligung blief der hiesige Ortsverein am 28. Januar seine Jahreshauptversammlung ab. Vorsitzender Wittmann gab einen ausführlichen Bericht über das vergangene Vereinsjahr, aus dem u. a. zu entnehmen war, daß die allgemeine Arbeitslosigkeit und die immer höher steigenden Ausgaben für die Lebensbedürfnisse die wesentlichen Begleiterscheinungen waren. Die Mitgliederzahl betrug am Jahresende 23 (gegen 19 im Vorjahre); es sind, mit einer Ausnahme, alle hiesigen Kollegen organisiert. Arbeitslos sind gegenwärtig noch zwei Kollegen, während der außerhalb des Bezirks tätige Mitglied. Die tariflichen Verhältnisse sind hier als gute zu bezeichnen; alle Forderungen wurden ohne Schwierigkeiten bewilligt, auch die Ferien. Unter Wirkungskreis wurde in die 7 1/2 prozentige Lohnzulagsklasse eingereiht. Der ins Leben gerufenen Betriebsorganisation traten sämtliche neun Lehrlinge bei. Die Klassenverhältnisse sind gute zu nennen. Die Neuwahl des Gesamtvorstandes ergab die einstimmige Wiederwahl der bewährten alten Vorstandsmitglieder.

□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

Nachahmenswerkes Beispiel. Die Buchdruckerei Oppenheimer in Ruitzbach gewährte ihrem technischen Personal eine Wirtschaftsbekanntmachung von 250 Mk. Es ist dies besonders anzuerkennen, da bereits im vergangenen November ebenfalls eine höhere Wirtschaftsbekanntmachung an das gesamte Personal der Buchdruckerei zur Auszahlung gelangte.

Ende des ungarischen Buchdruckerstreiks. Nach einem Berichte des Berliner „Vorwärts“ haben die ungarischen Buchdruckerbetriebe eine Lohnerbhöhung bewilligt, die zwar den Forderungen der Gewerkschaften entspricht, aber immerhin eine Annäherung an das Existenzminimum gewährleistet. Auch von dieser Seite wird die Bedeutung des ungarischen Buchdruckerstreiks darin erblickt, daß nach 1 1/2-jähriger völliger Interdiction die Arbeiterkraft überhaupt wieder in der Lage ist, den Kampf für ihre wirtschaftlichen Forderungen erneut aufzunehmen. Die Regierung, die dem Arbeiterkampf die Arbeiterbewegung die Politik der starken Kraft gegenüberstellen will, beachtet jetzt die Einführung eines Gesetzes, das ihr die Möglichkeit gibt, das Vermögen der ungarischen Gewerkschaften unter staatliche Aufsicht zu stellen. Sollte sie diese Absicht in die Wirklichkeit umsetzen, so würde sich der wirtschaftliche Kampf, den die ungarische Arbeiterkraft im Augenblicke führt, in einen politischen umwandeln. Fortwährend dann die Einführung machen müssen, daß ebensowenig wie der bisherige illegale weite Terror die Arbeiterbewegung vernichten konnte, gesetzliche Willkür hierzu umstände sein könnten.

Stundgebung der freien Gewerkschaften Rheinlands-Westfalens zu den Gewerkschaften der Entens. In einer Harbedelchen Konferenz der Leiter aller freien Gewerkschaften und der in der „Mitt.“ vereinigten Angestellten

des rheinisch-westfälischen Industriegebietes am 5. März in Bochum wurde in eingehender Weise zu den Londoner Verhandlungen und der sich daraus ergebenden kritischen Situation für das genannte Gebiet Stellung genommen. Es herrschte Einstimmigkeit darüber, daß die Pariser Beschlüsse der Entensregierungen betreffend die finanziellen und wirtschaftlichen Leistungen Deutschlands von diesem auch bei bestem Willen nicht erfüllt werden könnten. Ebenso einmütig waren die Gewerkschaften auch in der Meinung, die deutsche Reichsregierung dürfe sich nun unter keinen Umständen von nationalsozialistischen Scharfmachern und Katastrophenspekulanten ins Schlepptau nehmen lassen, sondern sie müsse bis zur äußersten Grenze des Entensregimeversuches, ein Einverständnis mit den Entensregierungen herbeizuführen. Solange das nicht, so laie auf die Seite, welche innerfüllbare verlange, die Schuld für die Folgen, die Konterenz ließ auch keinen Zweifel darüber, daß die Arbeiter und Angestellten des rheinisch-westfälischen Industriegebietes bisher errungene Rechte verteidigen und für ihre Ziele weiterkämpfen werden, sei es gegen inländische oder ausländische Kapitalisten. Ausnahmslos stellen sich die Konterenzteilnehmer auf den Standpunkt, die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterkraft des rheinisch-westfälischen Industriegebietes solle sich nicht beteiligen an Demonstrationen zusammen mit den nationalsozialistischen und kapitalistisch gesinnten Gruppen und Parteien. Diese Demonstrationen würden von Nationalisten doch nur benutzt, um der ungeliebten Völkerverehrung neue Nährstoffe zuzuführen. Es liege durchaus im Interesse Deutschlands, wenn das Ausland wisse, daß die deutschen Gewerkschaften die Gemeinschaft mit den Nationalisten ablehnen.

Zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs. Eine Abordnung des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam wird während der nächsten Tage das französische Kriegsgebiet besuchen und daraufhin in Paris eintreffen. Der französische Gewerkschaftsverband hat seinerseits die Vertreter der Kriegsgegend für den 21. März nach Paris eingeladen zu einem Kongress zur Aufstellung eines Planes zum Wiederaufbau Nordfrankreichs. Der Verband hat zur Teilnahme an dieser Versammlung die politischen Vertreter, die Gemeindeverwaltungen, die Berufsverbände, Gewerkschaften und Arbeitsgewerkschaften der ganzen Kriegsgegend aufgefordert, um ihnen das Ergebnis der an Ort und Stelle gemachten Erhebungen sowie der mit den deutschen Gewerkschaften geführten Verhandlungen zu unterbreiten.

Praktische Vorschläge zur Lösung der produktiven Erwerbslosenfrage. Der gemeinsame Wirtschafts- und sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats (unter dem Vorsitz Weisels) beschäftigt sich in seiner Sitzung am 2. März mit den Forderungen der Gewerkschaften, Betriebsräte und Erwerbslosen im Industriebezirke Chemnitz und Oerz für eine produktive Erwerbslosenfrage. Sie erstrecken sich im wesentlichen auf eine Förderung jeder Art von Arbeitsbeschäftigung durch eine planvolle Gestaltung der Wirtschaft, u. a. auch der Rohstoffverteilung und der Auftragsvermittlung. Besonders Interesse erweckte der Vorschlag einer Einmündung aller erwerbslosen Arbeitskräfte in alle Betriebe des Handels, Gewerbes und der Industrie durch zweckmäßige Einteilung der Wochenarbeitszeit unter Fortgewährung der jeweiligen Tariflöhne aus Füllorgemitteln, wozu der Ausschuss mit besonderer Vorannahme auf Reichsaufträge schon am 17. Februar Stellung genommen hat. Unternehmer- und Arbeitervertreter waren sich darin einig, daß zur Unterbreitung der Erwerbslosen vor allem eine Produktionssteigerung notwendig ist. Vertreter der Industrie waren der Ansicht, daß dazu neben der technischen Verbesserung der Betriebe vor allem eine persönliche Leistungssteigerung der zur Zeit beschäftigten Arbeiter notwendig sei, die eine verbesserte Produktion, den Ausbau der Werke und damit die Einstellung weiterer Arbeiter erst ermöglichen. Die Arbeitnehmer vertrauen die Aussicht, daß die Erwerbslosen nicht warten können und es daher möglich gemacht werden müsse, auch bei starer Arbeit mit häufigem Schwitzwechsel die Produktion zu steigern. Besonders betont wurde von dieser Seite, daß die Erwerbslosen keine Almosen wollen, sondern gerechten Lohn für geleistete Arbeit. In der Einzelung aller Arbeitslosen in die Produktion und Verteilung der Waren liegt die sicherste Gewähr für eine Steigerung der Leistungen jedes einzelnen Arbeiters. Solange jeder Arbeiter damit rechnen muß, daß jede intensivere Arbeitsleistung ihn der Gefahr der Arbeitslosigkeit überbringt, kann keiner aus innerem Triebe heraus jene Arbeitsfreude gewinnen, die ihn zu höheren Leistungen befähigt. Wird dagegen der schwere Alpdruck drohender Arbeitslosigkeit von der Arbeiterkraft mit durchgreifender Entschlossenheit und Einheitslichkeit in allen Industrie- und Gewerbezweigen genommen, dann wird mit größter Sicherheit jede Arbeitszeitvermehrung, jedes Verplempern von Roh- oder Hilfsstoffen und jeder nutzlose Leerlauf von Arbeits- oder Kraftmaschinen auf ein kaum noch fähbares Minimum reduziert werden. Die Gebührenden aus der Produktion und der Warenverteilung würden sich dann durch arbeitsfreudigere, weit erzielbarere Arbeitsintensität wesentlich verringern. Dazu käme noch, daß die Produktion von den heutigen Anhalten der Erwerbslosenfrage entlastet würde; wodurch die gesamte Volkswirtschaft viel rentabler würde. Diese Vorschläge sind aber nicht neu, sie sind z. B. schon vor zwei Jahren in dem „Buchgewerbe“ (Schweizerischer Berufsvereinsrat) in ausführlicher Weise niedergelegt worden. Das nunmehr der Wirtschaft- und sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats ganz ähnlichen Vorschlägen besonderes Interesse entgegenbringt, ist zweifellos ein theoretischer Fortschritt, dessen praktische Verwirklichung in Wirklich-

keit das sicherste Hilfsmittel für die deutsche Volkswirtschaft bedeuten würde. Daß die Arbeiterkraft unter den heutigen Verhältnissen keine besondere Arbeitsfreudigkeit ausstrahlen kann, beruht auf physio-logischen Gründen, und zwar in voller Übereinstimmung mit den Tendenzen in Unternehmerrreisen auf Zurückhaltung der Leistungen bei unklarer Marktsituationen. Die Steigerung des Arbeitslosenselbstes hat für die Arbeiterkraft die ganz gleiche Wirkung. Alle Arbeiter sind davon überzeugt, daß mehr produziert werden muß; aber nicht nur von einem Teile, sondern von allen arbeit-fähigen Menschen unter entsprechender Einteilung der Kräfte. Die Arbeitskräfte sind und gesund erhält. Arbeitsleistungen unter dem Geplank drohender Arbeitslosigkeit haben den Charakter von Sklavenarbeit, die immer teurer und wer-tloser ist als die Arbeit freier und zukunftstropher Menschen!

Beabsichtigte Auflösung der Demobilisierungsausschüsse. Paul Verordnung (Nr. 7993) der Reichsregierung in Nr. 19 des „Reichsgesetzblattes“ (Seite 189) und die in den Munizipalverordnungen erteilten Demobilisierungsausschüsse bis zum 31. März d. J. aufzulösen. Die Landeszentralbehörden können jedoch die den bisherigen Demobilisierungsausschüssen noch zufließenden Aufgaben an andere Ausschüsse übertragen, die paritätisch von Vertretern der Arbeiter und Unternehmer besetzt sein müssen. Die Anordnungen der Reichsministerien und der übrigen Demobilisierungsbehörden auf Grund der die wirtschaftliche Demobilisierung betreffenden Verfügungen treten jedoch erst mit dem 31. März 1922, also nächstes Jahr, außer Kraft, sofern nicht durch Gesetz oder besondere Anordnung hierfür noch ein früherer Zeitpunkt festgelegt wird. Unberührt bleiben jedoch hiervon die Vorschriften der Verordnung des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisierung vom 21. November 1918 (Verordnung über die Festlegung neuer Preise für die Weiterarbeit in Kriegsmaterial). Immerhin ist nach diesen Nachrichten ersichtlich damit zu rechnen, daß der 31. März 1922 als Schlußtermin der wirtschaftlichen Demobilisierung festgelegt werden ist. Zu diesem Termin würden dann auch die Verordnungen vom 12. Februar 1920 über Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten sowie vom 8. November 1920 über Betriebsräte und Stilllegungen in Wegfall kommen, wenn die weitere Entwicklung des Wirtschaftens nicht doch noch deren Verlängerung oder Weiterentwicklung nötig macht. Unberührt bleibt aber von diesem behördlichen „Abbau“ die Verordnung vom 23. Dezember 1918 über Tarifverträge und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten, deren zweiter Teil über Arbeiter- und Angestelltenausschüsse übrigens durch das Betriebsratsgesetz schon erfüllt worden ist. Die Verordnung vom 23. Dezember über Tarifverträge und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten sowie jene vom 24. Januar 1919 über eine vorläufige Landarbeitsordnung sind übrigens gar keine Demobilisierungsvorschriften, sondern Verordnungen des Rates der Volk-beauftragten mit Gesetzeskraft, können also nur durch den Reichstag außer Kraft gesetzt oder durch andere Gesetze ersetzt werden.

Geplante Einschränkung der Freimachung von Arbeitsstellen. Der Reichsarbeitsminister beabsichtigt, die Verordnung über die Freimachung von Arbeitsstellen in naher Zeit wesentlich einzuschränken. Zunächst war geplant, die Vorschriften dieser Verordnung, durch die besonders die Freigängigkeit der Arbeiter beeinträchtigt wird, völlig aufzuheben. Im Reichswirtschaftsrat sowohl wie von der Vertretung der deutschen Städte ist aber darauf hingewiesen worden, daß die Großstädte mit besonders großer Arbeitslosigkeit, wie Berlin, Hamburg usw., bei der gegenwärtigen Lage des Arbeitsmarktes bis auf weiteres noch vor dem Zugang arbeitsstehender Arbeitskräfte geschützt werden müssen. Es wird deshalb nunmehr daran gedacht, die Beschränkung der Freigängigkeit in den Großstädten mit besonders ungünstigen Arbeitsmärkten noch fortzubehalten zu lassen, zugleich aber auch die übrigen Bestimmungen der Verordnung nur auf diese Zentren der Arbeitslosigkeit zu beschränken und für das übrige Reich die ganze Verordnung aufzuheben. Die Regierungen der Länder, die Vertretungen der Städte und die Vereinigungen der Unternehmer und Arbeiter sowie der vorläufige Reichswirtschaftsrat sind gebeten worden, zu diesem neuen Vorschlage Stellung zu nehmen. Sobald ihre Erklärung vorliegt, wird die endgültige Entscheidung getroffen werden.

Nachrichten für Auswanderer. Das Reichswanderratsamt warnt vor der Rückreise nach England wegen großer Arbeitslosigkeit und zunehmender Unheimlichkeit. Für die Einwanderung nach Chile ist größte Vorsicht geboten. Für gelernte deutsche Arbeiter empfiehlt sich eine solche nur dann, wenn durch Kontrakt schon von vornherein eine gelobene Lebensstellung (als Werkmeister, Oberaufseher usw.) garantiert ist. Die eingeborenen gelehrten Arbeiter Chiles stellen bedeutend geringere Ansprüche ans Leben als der deutsche Arbeiter, ohne jedoch bezüglich Leistungsfähigkeit dem eingewanderten europäischen Arbeiter nachzugeben. In Italien liegen etwa 400000 mit Füssen vertriebene Auswanderer-lustige, die aber nicht auswandern können, weil ihnen Frankreich und Nordamerika verfallen sind sowie außerordentlich Transporthürden bestehen und Mangel an Arbeitsgelegenheit in anderen Zieländern in Frage kommen. Daraus geht hervor, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse in Italien für Auswanderer sehr ungünstig sind. — In Litauen sind dagegen die Aussichten in absehbarer Zeit für deutsche Einwanderer etwas aussichtsreicher. Es machen sich dort Vertreibungen geltend, mit Hilfe des reichlich strömenden Kapitals von Amerika-Litauern, die selbst auch in größerer Zahl nach Litauen zurückkehren, eine eigene nationale Industrie ins Leben zu rufen, die möglicherweise auch ein guter Anziehungspunkt für deutsche Arbeitskräfte und

